

Betreff: Modellversuch AHS-Standort Reininghaus



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Dipl.Wirtschaftsing.ⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf den Reininghausgründen wächst ein neuer Stadtteil. Ein Stadtteil für das 21. Jahrhundert. Modern, ökologisch und inklusiv. Es werden in 10.000 Wohnungen Menschen aller gesellschaftlichen Schichten wohnen. Darunter viele Kinder mit unterschiedlichen Begabungen und Interessen. Manche davon auch mit körperlichen Einschränkungen, Entwicklungsverzögerungen. All diese Kinder werden gemeinsam die Volksschule besuchen. Das ist gut so, da diese Inklusivität den Stadtteil fördert und ihn so erst richtig lebenswert macht. Aber nach der Volksschule? Da ist Schluss mit gemeinsamer und lebenswerter Zukunft. Kinder, mit speziellen Bedürfnissen, werden in den Kleinbus gesetzt, um in eine Schule außerhalb des Stadtteils gekarrt zu werden. Kinder, deren Begabungen mit zehn Jahren weniger im kognitiven Bereich liegen, die sich aber mit Sicherheit noch entwickeln werden, müssen mit der Straßenbahn den Stadtteil verlassen und dürfen nicht in die schöne, neue, große Schule nebenan gehen.

Grund dafür ist, dass die weiterführende Schule vom Bund gebaut wird und der Bund ist zuständig für AHS. Es entsteht daher dort eine AHS, für die es die sogenannte AHS-Reife als Voraussetzung für die Aufnahme gibt.

Gibt es eine andere Möglichkeit, als Kinder aus dem Stadtteil zu verbannen? Ja. Die Bildungsdirektion müsste nur beim Ministerium beantragen, dass der Standort als Modellversuch geführt wird. Dann dürfte die schöne, neue Schule alle Kinder, deren Eltern das wollen, aufnehmen. Der Modellversuch, nach §7a SchOG, sieht vor, dass Schüler:innen, mit den Voraussetzungen für eine Mittelschule, eine allgemeinbildende höhere Schule (§21a bis c SchOG) besuchen dürfen. Die Schule hat dann die Möglichkeiten, Schüler:innen „...je nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit eine grundlegende Allgemeinbildung und eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie oder ihn für den Übertritt in mittlere oder in höhere Schulen zu befähigen sowie auf die Polytechnische Schule oder das Berufsleben vorzubereiten ...“ „Die Schüler können nach Schulstufen oder schulstufenübergreifend durch Maßnahmen der inneren und temporär der äußeren Differenzierung individuell gefördert werden“ (§7a. (3)). Umgesetzt wird dieses Modell bereits erfolgreich in der MS BG BRG Klusemannstraße.

Kein Kind müsste mit zehn Jahren gegen seinen Willen weggeschickt werden. Die Kinder dürften gemeinsam aufwachsen und ihre gegenseitigen Stärken kennenlernen.

Der Schulstandort würde ohne räumliche Adaptierungsmaßnahmen einen Modellversuch ermöglichen. Damit alle Begabungen gefördert werden können, würde der Bund 12 Stunden pro Klasse zusätzlich zur Verfügung stellen. Die Schule bekommt damit alle Ressourcen zur individuellen Förderung in den Pflichtgegenständen und (zur Beachtung des Prinzips der inklusiven Pädagogik) es könnte auch pro Jahrgang eine Klasse geführt werden, in denen Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen die Schule besuchen und dadurch optimal gefördert Teil der Gemeinschaft sein können. Zusätzlich kann damit auch ein multilinguales Konzept umgesetzt werden, das neben seinem pädagogischen Wert auch zur Stärkung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Graz dienen kann, da es für Kinder von Techniker:innen aus dem Ausland, die oft quereinsteigen müssen und deren Leistungsniveau sehr unterschiedlich ist, offensteht und diese Kinder besser fördern kann als eine bilinguale AHS.

Kinder stehen im Fokus der Stadt in allen Belangen. Stellen wir sie auch hier in den Fokus und kreieren das bestmögliche Bildungsangebot, welches kein Kind zurück lässt oder ausschließt.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner mögen mit dem Ersuchen an die steirische Bildungsdirektion herantreten, den zukünftigen AHS Standort gemäß Motivenbericht als Modellversuch zu führen. Der Gemeinderat möge - als Zeichen des Bekenntnisses zu einer zukunftsorientierten Bildungslandschaft für alle Kinder- dazu die Zustimmung geben.